



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

Uwe Jun / Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017. Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland.

Wiesbaden: Springer VS 2020, 251 S., ISBN: 978-3-658-29770-1

Die Politikwissenschaftler Uwe Jun und Oskar Niedermayer haben sich an die wichtige Aufgabe gemacht, die aktuelle (partei)politische Lage vor dem anstehenden Wahljahr 2021 zu ordnen und die aktuellen Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland zu erläutern. Das Konzept ist denkbar einfach, aber effektiv und zielführend: Man schaut zurück, um mögliche zukünftige Entwicklungen aus der Analyse zu skizzieren.

Und dabei fällt nicht nur den Älteren auf: Alte Gewohnheiten, die den Wählerinnen und Wählern auch ohne vertiefte Kenntnis der strategischen und inhaltlichen Feinheiten der Parteipolitik jederzeit Orientierung ermöglichen, gelten nicht mehr, oder nur noch bedingt. Nach ehemals drei Parteien mit klarer ideologischer Zuordnung (vulgo: eine für Christen, eine für Arbeiter, eine für Freiheitsliebende), die dann durch eine spezifisch ökologisch ausgerichtete Partei ergänzt wurden, sind nun sieben Parteien mit zum Teil überlappenden Milieubindungen und Kompetenzfeldern im Bundestag. Für jede der im Bundestag vertretenen Parteien gibt es im Buch ein eigenes Kapitel, nachdem in einer Einführung die generelle Linie aufgezeigt wurde. Und gerade das macht das Buch so wertvoll und handhabbar in der Vorbereitung auf das Wahljahr.

„Das Parteiensystem ändert sich“, schreibt Niedermayer in seiner Einführung (S. 4) und sieht eine „Polarisierung und Fragmentisierung des Parteiensystems“. Das Buch ist aus der Sicht von Anfang 2020 – also prä-Corona – geschrieben. Hier sieht Niedermayer das deutsche Parteiensystem „immer noch in einer Umbruchphase“ (S. 39) und fasst zusammen: „Insgesamt hat sich das deutsche Parteiensystem, das von Anfang an und über sechs Jahrzehnte hinweg ein System mit Zweiparteiendominanz war, zu einem pluralistischen System an der Grenze zum hochfragmentierten System entwickelt. Die Auswirkungen dieser Zersplitterung bei gleichzeitigem Erstarken der Segmentierung in Form einer von den anderen Parteien als nicht koalitionsfähig angesehenen Partei, der AfD, auf die Regierungsbildung sind im Bund und auf der Länderebene schon deutlich spürbar und werden den Parteien auch in Zukunft Probleme bereiten“ (S. 40).

Die Reihenfolge der nachfolgenden Beiträge bestimmt sich nach der Stärke der jeweiligen Parteien im Parlament. Dabei beschäftigt sich Torsten Oppeland mit der möglicherweise schwierigsten Aufgabe: einer Analyse der CDU als „Volkspartei am Ende der Ära Merkel“, also sozusagen als große Unbekannte in der Frage einer Entwicklung der Parteienlandschaft. Das gelingt



großartig für die Beschreibung bis Anfang 2020 als einer Partei im Umbruch. Ein wesentlicher Faktor einer Zustandsbeschreibung der CDU kann jedoch noch nicht erfasst sein: Oppelland erwägt in seinem Beitrag die Möglichkeit, dass „derzeit (Februar 2020) davon auszugehen ist, dass die ‚Ära‘ Kramp-Karrenbauer noch in der ersten Jahreshälfte 2020 enden wird“ (S. 63). Diese Frage ist aktuell immer noch offen und die Wahl des Nachfolgers noch nicht durchgeführt. Bemerkenswert die Einfügung einer Fußnote im Text, die darauf ziemlich aktuell und fast schon prophetisch Bezug nimmt: „Wie sich das aktuelle, auf die Corona-Pandemie zurückzuführende Umfragehoch der Unionsparteien und die Perspektive einer möglichen Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden Markus Söder auf die CDU als Partei auswirken werden bzw. würden, ist derzeit (Mai 2020) nicht absehbar. Es spricht jedoch einiges dafür, dass die strukturellen Probleme dadurch lediglich überlagert werden“ (S. 65).

Im nachfolgenden, analytisch glasklaren Beitrag unter dem Titel: „Die Krise der SPD: Kaum Licht am Ende des Tunnels“ stellt Uwe Jun den Sozialdemokraten ein schlechtes Zeugnis aus: „Die Beschreibungen zum aktuellen Zustand der SPD Anfang des Jahres 2020 könnten kaum dramatischer ausfallen“ (S. 71). Er diagnostiziert „strategische, programmatische und kommunikative Defizite angesichts erheblicher gesellschaftlicher und politischer Veränderungen der letzten Jahrzehnte, Glaubwürdigkeitsprobleme, das Fehlen einer sozialdemokratischen Zukunftserzählung und einer populären Führungspersönlichkeit sowie eine für die Sozialdemokratie sehr ungünstige Themenkonjunktur in den letzten Jahren mit einem Relevanzzuwachs der sozio-kulturellen gegenüber der sozio-ökonomischen Wettbewerbsdimension“ (S. 73). Jun bemängelt „das Fehlen eines neuen wählerwirksamen sozialdemokratischen Narrativs aufseiten der SPD“ und sieht „einen erheblichen Entfremdungsprozess zwischen der SPD und ihren vormaligen Traditionswählern aus den sozial geringer privilegierten Gruppen, insbesondere im soziokulturellen Bereich“ (S. 76). Seine Schlussfolgerung: „Die SPD befindet sich offenkundig in einer sehr schwierigen Phase in ihrer langjährigen Parteigeschichte. Sie hinterlässt derzeit das öffentliche Bild einer Partei, die ihre besten Zeiten weit hinter sich hat“ (S. 98).

Die Aufgabe, sich politikwissenschaftlich mit dem Sujet AfD zu befassen, obliegt Oskar Niedermayer. Erkennbar sind vier Fragen: Woher kommt die AfD? Warum gibt es sie (immer noch)? Warum hat sie Erfolg? Und was wird aus ihr? Es wird offensichtlich: Gerade die Entwicklung der AfD ist politikwissenschaftlich schwer fassbar. Zu kurz ist ihre Parteigeschichte, zu sehr von exogenen Faktoren abhängig, zu sehr auf Außenwirkung und Themenkonjunktur abgestellt und (zum Glück) nicht im Praxistest auf Permanenz oder Konsistenz untersucht. „Die unterschiedlichen sozialstrukturellen Schwerpunkte der AfD-Wählerschaft unterstreichen noch einmal, dass die AfD Wählergruppen mit sehr unterschiedlichen Wahlmotivationen anzieht, die auch mit unterschiedlichen Positionen in der Sozialstruktur verbunden sind“ (S. 122), schreibt Niedermayer. Seine Vermutung, die AfD könne versuchen, aus dem Klimathema Profit zu ziehen, wurde durch „Corona“ überholt. Aber: das kann kein Vorwurf an das Buch sein, denn irgendwann ist halt Redaktionsschluss.

Beim Beitrag von Benjamin Höhne und Uwe Jun zur FDP hat man beim Lesen fast den Eindruck, die „Schattenjahre“ der außerparlamentarischen Zeit würden als eine Art Betriebsunfall gesehen: „Bei der Bundestagswahl 2017 [...] erhielt der politische Liberalismus seinen angestammten Hort im deutschen Parteiensystem zurück“ (S. 133). Den Bemühungen der FDP, bis 2017 zurück auf die politische Bühne zu kommen, begegnen die Autoren mit Respekt: „Doch beließ es die Partei nicht ausschließlich auf Imagekorrekturen, sondern sie nahm auch die in dieser Abhandlung zentral zu behandelnden programmatischen, organisatorischen und personellen Veränderungen vor, die darauf ausgerichtet waren, eine bürgerliche Alternative zu den drei Parteien der Großen Koalition darzustellen“ (S. 134). Bemerkenswert tiefgründig wird die Entscheidung der FDP, die Sondierungsgespräche für eine „Jamaika-Koalition“ abubrechen, kommentiert: „Das Motiv der FDP für den Abbruch der Verhandlungen liegt auf der Hand: Das gerade erst wiedererlangte Vertrauen bei den neu hinzugewonnenen Wählern wollte die Partei-

führung nicht zugunsten von Koalitionskompromissen aufs Spiel setzen, von denen nicht klar war, ob sie zustande kommen und wie tragfähig sie im Regierungsalltag sein könnten. [...] Der Stärkung der geläuterten Marke FDP wurde größere Priorität eingeräumt als der Übernahme staatspolitischer Verantwortung mit ungewissem Ausgang“ (S. 139 f.). Gleichzeitig wird festgestellt: „Die Art und Weise des Abbruchs hat Lindner und der FDP zudem Sympathien gekostet. Diese gilt es nun von den Oppositionsbänken aus zurückzugewinnen und eine innerparteilich klare und nach außen hin möglichst flexible Koalitionsstrategie zu entwerfen, die es vermag, auch instrumentelle Wähler zu binden. Schließlich wird die FDP nicht dauerhaft in der parlamentarischen Opposition verbleiben oder sich erneut mit Existenzfragen konfrontiert sehen wollen“ (S. 152).

Hendrik Träger sieht in seinem Beitrag „Die Linke zwischen internen Konflikten, der ersten Koalition im Westen, Niederlagen im Osten und dem Ramelow-Effekt“. Es wird deutlich: Auch die Linkspartei ist in politikwissenschaftlicher Analyse schwer zu fassen. Träger konstatiert eine „ambivalente Situation der Linken im Herbst 2019“ (S. 159): „Elektorale Abstürze“ seit 2017 stünden einer zunehmenden Ausdehnung in den Westen mit Regierungsbeteiligung in Bremen gegenüber. So sei „Die Linke keineswegs mehr die ostdeutsche Regionalpartei mit seltenen Erfolgen im Westen“; gleichzeitig gelte: „Wenn große Teile der Anhängerschaft der größten Oppositionspartei die Kanzlerin so positiv beurteilen, dann zeugt das davon, dass es der Linken nicht einmal im eigenen Lager gelang, sich als ‚Regierung im Wartestand‘ zu präsentieren“ (S. 167). Und vor allem: „Die Linke ist inzwischen nicht mehr die erste Adresse der Protestwähler“ (S. 179). Er sieht die politischen Akteure der Linken „vor einer wahren Herkulesaufgabe, über der das Damoklesschwert einer Bundestagswahl [...] schwebt“ (S. 181).

Den ausführlichsten Beitrag verfasst Lothar Probst über die „Grüne Erfolgswelle nach enttäuschendem Wahlergebnis“ (S. 187). So schreibt er: „Aus der Perspektive von Bündnis 90/Die Grünen scheint die Bundestagswahl 2017 Lichtjahre von ihrer heutigen Position im Parteiensystem entfernt zu sein“ (S. 187). Probst analysiert hier vor allem die Lerneffekte bei den Verantwortlichen: „Seit der Bundestagswahl 2005 haben die Grünen ihre Kampagnen- und Kommunikationsfähigkeit nach innen und außen systematisch ausgebaut und professionalisiert“ (S.198). Und doch haben sie bei den Wahlen in 2009 und 2013 „underperformed“, was auch Probst eingesteht, und auch 2017 hatten sie nicht den gewünschten Erfolg: „In der gesamten Wahlkampagne war es den Grünen nicht gelungen, mit ihrem auf ökologische Themen konzentrierten Wahlkampf entscheidende Akzente zu setzen“ (S. 201). Dass die Grünen aktuell so viel Zuspruch haben, liegt laut Probst an den Geschehnissen seit 2017: Der Abbruch der Sondierungsgespräche zu „Jamaika“ sei für die Grünen positiv zu Buche geschlagen; die Neuwahl des Parteivorstands sei „eine Erfolgsgeschichte“; das Thema Klimapolitik habe einen hohen Stellenwert in der Mitte der Gesellschaft (S. 206 f.). Für Probst stellt sich das Fazit: „Ob sie (= die Grünen, T.V.) sich als zweitstärkste Partei im Parteiensystem auch zukünftig behaupten können, bleibt jedoch abzuwarten“ (S. 209).

Im abschließenden Beitrag sieht Michael Weigl die CSU im „Experiment einer postmaterialistisch ergänzten Volkspartei“ (S. 221). Sein Ausgangspunkt ist drastisch: das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 „markierte ein Erdbeben, das die inzwischen baufällige Substanz des einst stolzen Hauses CSU vor Augen führte“ (S. 222). Nach ausführlicher, bayernspezifischer Analyse urteilt er: „Seit der Bundestagswahl 2017 und noch mehr seit der bayerischen Landtagswahl 2018 befindet sich die CSU im weitreichendsten Umbruch seit ihrer Konsolidierung in den 1950er Jahren“ (S. 245). Die Erwartungen sind hoch – in die CSU, wie in ihren Parteichef Söder: Am Ende könne eine „inhaltlich wie organisatorisch erneuerte CSU stehen, die ihren Platz im bayerischen und bundesdeutschen Parteiensystem neu zu definieren versteht“ (S. 246). Aufgrund der aktuellen Entwicklungen und der ungeklärten Lage in der Union könnte am Ende allerdings auch ein gestutzter, als Kanzlerkandidat gescheiterter Söder stehen. Diese Gefahr sieht auch Weigl: „Solange Rufe nach einem Kanzlerkandidaten Söder Rufe bleiben, zementie-

ren sie die unangefochtene Stellung des Parteivorsitzenden in seiner Partei. Sollten sie aber eine Qualität annehmen, der sich Söder nur noch schwerlich entziehen kann, wäre auch seine bayerische Mission gefährdet“ (S. 247).

Oskar Niedermayer schreibt es schon in der Einleitung zu diesem hoch interessanten, gut lesbaren und für das anstehende Wahljahr sehr gut vorbereitendem Buch: „Die Wahlen von 2013 und 2017 verdeutlichten, dass die Entwicklung des Parteiensystems kein zwangsläufiger, nur durch langfristige ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen bestimmter Prozess ist. Der durch die Langfristfaktoren vorgegebene Trend kann durch die Parteien selbst – wie 2013 – aufgehalten bzw. umgekehrt oder – wie 2017 – dramatisch beschleunigt werden, je nachdem wie sie durch politische Entscheidungen ihres Führungspersonals ihr personelles und inhaltliches Angebot an die Wählerinnen und Wähler und damit die das Wahlverhalten prägenden kurzfristigen Einflussfaktoren gestalten“ (S. 26 f.). Alles offen also.

Berlin

Thomas Volkmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net